

Die beste Bildung für alle.

Bildungspolitische Grundsätze der NRWSPD.

**Beschluss des Landesvorstandes zur Vorbereitung des Leitantrages
für den außerordentlichen Landesparteitag am 25.08.2007**



**Zusammen
neue Chancen
schaffen.**

INHALT

Einleitung:

Unsere Verantwortung

Kindertageseinrichtungen:

Wir wollen die frühkindliche Bildung stärken

Schule mit Zukunft:

Wir wollen das Schulsystem reformieren

Bildungsganztag:

Wir wollen die Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungszeit für alle Kinder ausbauen

Selbstständige Schule:

Wir wollen die Selbstständigkeit der Schulen in starken Bildungslandschaften vor Ort stärken

Berufsbildung:

Wir können und dürfen es uns nicht erlauben, dass auch nur ein junger Mensch in NRW ohne abgeschlossene Ausbildung bleibt

LehrerInnenausbildung:

Wir wollen die LehrerInnenausbildung durch Bachelor und Master an „pädagogischen Zentren“ reformieren

Weiterbildung:

Wir wollen lebenslanges Lernen ermöglichen

Bildungsausgaben:

Wir wollen mehr in Bildung investieren

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

„Die beste Bildung für alle“

Erfolgreich starten und ein Leben lang lernen – Fördern statt Auslesen

Einleitung

Unsere Verantwortung

Während der Zeit unserer Regierungsverantwortung haben wir in der nordrhein-westfälischen Bildungs- und Schulpolitik vieles wie zum Beispiel die Bildungsvereinbarungen in den Kindertageseinrichtungen, die offene Ganztagsgrundschule und die Selbstständigkeit von Schulen auf den richtigen Weg gebracht.

Viele anerkanntermaßen richtige Entscheidungen wurden getroffen. Allerdings waren wir in der Vergangenheit bei manchen Reformschritten nicht mutig genug.

Mit diesem Entwurf für ein bildungspolitisches Konzept der NRWSPD greifen wir die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Empfehlungen nach den PISA-Ergebnissen sowie die Herausforderungen und Chancen der demografischen Entwicklung auf. Wir laden alle Interessierten ein, sich an der Diskussion um „Die beste Bildung für alle“ zu beteiligen, uns weiterhin kritisch zu begleiten und dazu beizutragen, dass die SPD in Nordrhein-Westfalen auf ihrem bildungspolitischen Landesparteitag am 25. August 2007 ein gutes mehrheitsfähiges Konzept verabschieden kann, das nach der Landtagswahl 2010 umgesetzt wird.

Individualisierung der Bildung

Jeder Mensch verfügt über Potenziale und Begabungen, die erkannt und gefördert werden müssen – von Anfang an und ein Leben lang. Deshalb stellen wir in allen Lernphasen das einzelne Kind, den jeweiligen Menschen in den Mittelpunkt.

Bildungspolitik ist mehr als Organisation von Wissensvermittlung

Bildung und Wissen sind die Basis der sozialen Demokratie. Sie sind elementare Bausteine für ein selbst bestimmtes Leben und das Fundament für den Zusammenhalt und die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft.

Deshalb zielen Bildungsangebote auf die Entwicklung der Persönlichkeit, auf Mitwirkungsmöglichkeiten in der Gesellschaft und auf Beschäftigungsfähigkeit. Bildung muss ganzheitlich angelegt sein. Die Vermittlung der sprachlichen, mathematisch-naturwissenschaftlichen, motorischen, musisch-künstlerischen, sozialen und kognitiven Fähigkeiten muss gleichwertig und gleichgewichtig stattfinden.

1 Chancengleichheit ist Kernbotschaft der NRWSPD

2
3 Internationale Studien belegen, dass in Deutschland der Bildungserfolg maßgeblich von der
4 sozialen Stellung der Eltern abhängt. Dies ist für uns nicht hinnehmbar.

5
6 Deshalb muss allen die Möglichkeit gegeben werden, mit gleichen Chancen dem jeweiligen
7 Potenzial entsprechend nach dem Prinzip des Förderns und Forderns zu lernen und qualifi-
8 zierte Abschlüsse zu erlangen.

10 11 Sprache ist der Schlüssel zur Integration

12
13 Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, aber auch Erwachsene, die zugewandert
14 sind, haben nur dann eine faire Chance auf Integration in unsere Gesellschaft und in den
15 Arbeitsmarkt, wenn sie die deutsche Sprache beherrschen. Dies gilt im übrigen auch für
16 manche deutsche Kinder, deren Sprachvermögen – aus welchen Gründen auch immer –
17 deutlich unterentwickelt ist.

18
19 Deshalb ist es wichtig, so früh wie möglich Sprachdefizite aufzudecken und durch gezielte
20 Förderung im Kindergarten, in der Schule und in Weiterbildungseinrichtungen auszuglei-
21 chen.

23 24 Durch Bildung Handicaps kompensieren und Defizite ausgleichen

25
26 Menschen mit Behinderungen bedürfen besonderer Förderung durch speziell dazu befähigte
27 Fachkräfte. Der besondere Förderbedarf führt nicht automatisch zu einer Beschulung in be-
28 sonderen Einrichtungen.

29
30 Deshalb müssen Barrieren für oder Handicaps von Menschen mit Behinderungen nach Mög-
31 lichkeit im jeweiligen System aufgegriffen und ausgeglichen werden.

33 34 Bildung bekämpft Arbeitslosigkeit und ist Voraussetzung für Wirtschaftswachstum

35
36 Bildung ist unerlässlich für die Orientierung und Behauptung in unserer immer komplexer
37 werdenden globalisierten Welt. Das gilt für den einzelnen Menschen, das gilt gleichermaßen
38 für unser Gemeinwesen. Nur mit vielen hervorragend ausgebildeten und motivierten Men-
39 schen können wir unsere weltweit exzellente Stellung in Wissenschaft, Wirtschaft und Kul-
40 tur erhalten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

41
42 Deshalb müssen mehr und nicht – wie derzeit – weniger Jugendliche zum Hochschulstudi-
43 um befähigt und zur Aufnahme eines Studiums motiviert werden.

45 46 Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

47
48 Bildung ist die Herausforderung für die ganze Gesellschaft, weil sie nicht nur in Bildungs-
49 institutionen stattfindet. Eltern, Arbeitgeber, die Medien, nicht zuletzt die Vorbildfunktion
50 jedes und jeder Einzelnen tragen maßgeblich zur Bildung bzw. Nichtbildung bei.

51
52 Deshalb dürfen Familien und Schulen mit ihrer Verantwortung für die Bildung und Erzie-
53 hung von Kindern und Jugendlichen nicht allein gelassen werden.

1 Deshalb brauchen wir auch eine gesellschaftspolitische Bewegung, die der Bildung die her-
 2 ausragende Position einräumt und den Eltern, Erzieherinnen und Erziehern sowie den Lehre-
 3 rinnen und Lehrern und allen, die mit Bildung und Erziehung beschäftigt sind, die ihnen zu-
 4 stehende Wertschätzung und Anerkennung entgegen bringt.

7 Staatliche Gewährleistungsgarantie für Bildung

9 Bildung ist ein öffentliches Gut, das vom Staat überall im Land in gleich guter Qualität zu
 10 gewährleisten ist. Das Land bildet mit den jeweiligen Bildungsträgern (Kommunen, Hoch-
 11 schulen, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Elterninitiativen usw.) eine Verantwortungsgemein-
 12 schaft für die Bildung.

14 Deshalb hat das Land in ausreichendem Umfang Ressourcen für die Bildungseinrichtungen
 15 zur Verfügung zu stellen und durch Vorgaben von Strukturen und Zielen sowie einem effek-
 16 tiven Controlling annähernd gleiche Bildungserfolge überall im Land sicherzustellen.

20 Kindertageseinrichtungen:

21 Wir wollen die frühkindliche Bildung stärken

23 Bildung beginnt mit der Geburt. Zahlreiche Studien belegen, dass frühkindliche individuelle
 24 Förderung – auch weit vor dem dritten Lebensjahr – ausschlaggebend für den späteren Bil-
 25 dungserfolg ist. Deshalb muss der frühen Lebensphase weit mehr Bedeutung beigemessen
 26 werden als bisher. Um Chancengleichheit zu erreichen, muss jedes Kind unabhängig von sei-
 27 ner sozialen Herkunft so früh wie möglich individuell gefördert werden. Dabei darf die Le-
 28 bensphase der frühen Kindheit nicht als Vorbereitungszeit für die Schule missverstanden
 29 werden, sondern muss vielmehr als *eigene* Phase außerordentlicher Entwicklungs- und Bil-
 30 dungsmöglichkeiten wahrgenommen werden. Frühkindliche Bildung muss die Entwicklung
 31 von Kompetenzen fördern und die Basis dafür schaffen, die Potenziale aller Kinder zu entfal-
 32 ten. Jede Phase im frühkindlichen Bildungsprozess umfasst stets den Dreiklang der frühkind-
 33 lichen Förderung – Bildung, Erziehung und Betreuung.

35 Die Kindertageseinrichtungen sind der erste Prüfstein für Chancengleichheit und individuel-
 36 le Förderung auf dem Bildungsweg. Die Entwicklung eines gemeinsamen, dem Alter ent-
 37 sprechenden Bildungsverständnisses aller Beteiligten (Eltern, Kindertageseinrichtungen, Ta-
 38 gespflege, Jugendhilfe und Schule), das das Kind in den Mittelpunkt stellt, sowie die Ver-
 39 ständigung über verbindliche Bildungsziele bleiben weiterhin unsere wesentlichen Ziele.

41 Der Respekt vor der Einzigartigkeit jedes einzelnen Kindes muss die Grundlage der pädagogi-
 42 schen Arbeit in den Kindertageseinrichtungen bilden. Die in NRW umgesetzte Bildungsver-
 43 einbarung und der Einstieg in die individuelle Bildungsdokumentation stellen erste richtige
 44 und wichtige Schritte auf diesem Weg dar. Unser Ziel ist es, bereits in der Kindertagesstätte
 45 für jedes Kind einen Bildungsförderplan zu erstellen, der die Persönlichkeit des Kindes be-
 46 rücksichtigt und die erzieherischen Zielsetzungen sowie die pädagogische Konzeption der
 47 Einrichtung zusammenfasst. Der Bildungsförderplan soll den LehrerInnen wichtige Informa-
 48 tionen über die Entwicklungsschritte des Kindes auf seinem individuellen Bildungsweg ge-
 49 ben. Damit wird eine bessere Kooperation und Vernetzung zwischen Kindertagesstätte und
 50 Grundschule ermöglicht, und „Brüche“ beim Übergang werden vermieden.

52 Wir werden alle Kindertagesstätten zu Eltern-Kindzentren weiterentwickeln. Dabei halten
 53 wir eine sozialräumliche Vernetzung der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, der Erzie-

1 hungsberatung, der Familienhilfe und Familienbildung sowie der Gesundheitsvorsorge, vor
2 allem der Kinderärzte, mit verbindlicher Zuweisung von Verantwortung für erforderlich. Erst
3 eine ganzheitlich verstandene und konzipierte Kinder- und familienpolitische Infrastruktur
4 kann einen wirklich erfolgreichen Gesamtprozess der Förderung, Beratung und Hilfe für Kin-
5 der und Familien ermöglichen.

6
7 Angesichts der großen Bedeutung der frühen Förderung setzen wir uns dafür ein, dass mög-
8 lichst alle Kinder möglichst lange die Kindertagesstätte besuchen. Größter Handlungsbedarf
9 besteht zweifelsohne beim Ausbau von Betreuungsplätzen für die Unterdreijährigen. Wir
10 halten den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz nach dem ersten Lebensjahr für ziel-
11 führend. Für den bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagsplätzen in Kindertagesstätten wer-
12 den wir uns konsequent einsetzen. Weil nach unserem Verständnis die Kindertagesstätte
13 zum Bildungssystem gehört, werden wir sie schrittweise beitragsfrei stellen und dafür sor-
14 gen, dass das letzte Kindergartenjahr verpflichtend wird.

15
16 Ein ganzheitlicher Ansatz frühkindlicher Pädagogik kann nur dann erfolgreich sein, wenn die
17 Eltern in den Bildungsprozess als wichtige Partner einbezogen werden. Deshalb ist die Stär-
18 kung der Zusammenarbeit mit den Eltern unerlässlicher Bestandteil in der Neuausrichtung
19 der Arbeit in den Einrichtungen. Dazu gehören nicht nur die Abstimmung der Bildungs- und
20 Erziehungsziele mit den Eltern und die Berücksichtigung der Betreuungsnotwendigkeiten
21 (wie Öffnungszeiten o.ä.), sondern gerade auch gezielte Angebote der Familien- und Erwach-
22 senenbildung, um Eltern in ihrer Erziehungsarbeit und -verantwortung zu unterstützen und
23 zu stärken.

24
25 Die Qualifikation des pädagogischen Personals stellt eine Schlüsselfunktion in der Weiter-
26 entwicklung der Kindertageseinrichtungen dar und ist Grundlage für die Umsetzung der Bil-
27 dungsarbeit. Die gestiegenen Anforderungen an die Elementarbildung erfordern deshalb
28 auch eine Neuausrichtung der Ausbildung des pädagogischen Personals, wobei aus unserer
29 Sicht nicht alle Fachkräfte eine Fachhoch- oder Hochschulausbildung haben müssen. Viel-
30 mehr ist ein Mix von unterschiedlichen Professionen und Qualifikationen anzustreben, um
31 die differenzierten Erfordernisse der Elementarförderung abdecken zu können. Die vorhan-
32 denen Fachschulen sind in diesen Prozess der Neuausrichtung einzubeziehen. Für die heute
33 in den Einrichtungen tätigen Fachkräfte (rund 75.000) muss ein qualitätsvolles Fort- und
34 Weiterbildungsangebot geschaffen werden.

35
36 Der Wettbewerb um qualifizierte Berufsanfänger wird sich zudem im Zuge der sinkenden
37 Zahl von Schulabgängerinnen und Schulabgängern schon in nächster Zukunft beschleuni-
38 gen. Nur eine qualifizierte Ausbildung, ein anspruchsvolles Berufsbild und entsprechende
39 Karriereperspektiven gewährleisten, dass weiterhin gutes Fachpersonal in der Elementarbil-
40 dung zur Verfügung steht. Zu einer zukunftsweisenden Personalplanung gehört es auch,
41 deutlich mehr Männer für den Erzieherberuf zu gewinnen. Wir werden darüber hinaus ge-
42 zielt daran arbeiten, dass unterschiedliche Kulturen und Nationalitäten in den Mitarbeiter-
43 teams einer Kindertageseinrichtung tätig sind.

44
45 Die Qualität der Arbeit und die Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen stehen in
46 engem Zusammenhang mit den Rahmenbedingungen und der Finanzausstattung. Unsere
47 Kindertageseinrichtungen müssen Investitionsbanken für die Grundlagen erfolgreicher Bil-
48 dungsverläufe werden. Vor dem Hintergrund der herausragenden Bedeutung der frühen
49 Förderung von Kindern muss die Finanzausstattung deutlich verbessert werden.

50
51
52

1 Schule mit Zukunft:

2 Wir wollen das Schulsystem reformieren

3
4 Soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Integration, eine hohe Bildungsbeteiligung und die
5 Ausschöpfung aller Begabungsreserven sind unsere obersten bildungspolitischen Ziele. Mit
6 dem gegenwärtigen Bildungssystem lassen sie sich allerdings nicht verwirklichen.

7
8 Internationale Bildungsstudien bescheinigen dem gegliederten deutschen Schulsystem: Die
9 viel zu frühe Auslese von Schülerinnen und Schülern sowie die mangelnde Durchlässigkeit
10 zwischen den Schulformen führen in hohem Maße zu Benachteiligungen. Der Zusammen-
11 hang von gegliedertem Schulsystem und sozialer Ungerechtigkeit ist offensichtlich. Kinder
12 und Jugendliche mit gleichen Begabungen, gleichen Leistungen und gleicher sozialer Her-
13 kunft erhalten je nach Schulform unterschiedlich gute Entwicklungschancen.

14
15 Die Wissensgesellschaft von heute stellt uns vor neue Herausforderungen. Ihnen können wir
16 nicht mehr mit den Antworten von gestern begegnen: Das bestehende gegliederte Schulsys-
17 tem wird den Anforderungen der modernen Wissensgesellschaft nicht mehr gerecht. Unser
18 Bildungssystem muss qualifizierte Bildung in der Breite mit Bildung in der Spitze verknüpfen.
19 Und es muss in der Lage sein, Menschen mit unterschiedlichen Voraussetzungen entspre-
20 chend ihrer spezifischen Fähigkeiten, Neigungen, Kompetenzen und Erfahrungen auszubil-
21 den.

22
23 Die Qualifikationsanforderungen der Wissensgesellschaft erfordern neben der Qualitäts-
24 entwicklung jeder einzelnen Schule auch ein verändertes Bildungssystem. Die bei PISA er-
25 folgreichen Staaten machen es uns vor. Sie verzichten durchgängig auf die in Deutschland
26 übliche frühe Auslese und setzen auf eine deutlich längere gemeinsame Lernzeit. Das halten
27 auch wir für die richtige Antwort auf die Herausforderungen einer modernen Wissensgesell-
28 schaft.

29
30 Nordrhein-Westfalen braucht seine Kinder, seine Talente - und zwar alle! Das mehrgliedrige
31 Schulsystem jedoch verschwendet Talente. Zu viele Schülerinnen und Schüler werden aus
32 höheren Schulen abgeschult, zu viele bleiben sitzen oder verlassen die Schule ohne Ab-
33 schluss. Und noch immer ist die Abiturquote zu gering. Aber: Die Zukunft wird aus Wissen
34 gemacht.

35
36 Bedingt durch die demographische Entwicklung werden im nächsten Vierteljahrhundert
37 weitaus weniger Kinder in die Schule kommen als in früheren Jahren. Die Städte und Ge-
38 meinden müssen auf diese Entwicklung reagieren können, um eine Verödung der Schulland-
39 schaft zu verhindern. Das Land ist in der Pflicht, dafür entsprechende Rahmenbedingungen
40 zu schaffen.

41
42 Verschärfend kommt hinzu, dass eine Schulform unter besonderem Druck steht: Die Haupt-
43 schule. Sie ist nicht nur von zurückgehenden SchülerInnenzahlen betroffen - sie leidet auch
44 unter einer erschreckend niedrigen Akzeptanz. Insbesondere dort, wo eine Hauptschule die
45 einzige weiterführende Schule am Ort ist, ist perspektivisch die schulische Versorgung
46 ernsthaft bedroht.

47
48 Die zahlreichen Gespräche, die wir bisher mit Vertreterinnen und Vertretern der Schulen, der
49 Wirtschaft, den Gewerkschaften, der Städte und Gemeinden u.a. geführt haben, bestätigen
50 unsere Positionen:

51

- 1
- 2
- 3 • Wir wollen in Nordrhein-Westfalen längere gemeinsame Lernzeiten mit indivi-
- 4 dueller Förderung jedes einzelnen Kindes, um unser Schulsystem zukunftsfähig und
- 5 gerecht zu gestalten. Das bestehende Schulsystem kann das nicht bieten.
- 6
- 7 • Wir setzen auf ein System, das die Übergänge zwischen den Bildungseinrichtungen
- 8 flexibel und individuell gestaltet – z.B. den Übergang von der Tagesstätte zur Grund-
- 9 schule.
- 10
- 11 • Wir wollen ein wohnortnahes Schulangebot sichern und es den Kommunen ermögli-
- 12 chen, flexibel auf die demographische Entwicklung zu reagieren.
- 13

14 Bei der Reform des Bildungssystems darf es nicht mehr um das „Ob“, sondern es muss um
 15 das „Wie“ einer Verlängerung der gemeinsamen Lernzeit in der Sekundarstufe I gehen, um
 16 anschließend den Weg in die gymnasiale Oberstufe bzw. auf das Berufskolleg oder in die
 17 berufliche Qualifizierung zu eröffnen.

18
 19 Deshalb streben wir in der langfristigen Perspektive ein vollständig integratives System an,
 20 das bis zum ersten qualifizierenden Abschluss am Ende der Sekundarstufe I führt.

21
 22 Eine solche Reform der Schulstruktur setzt allerdings einen möglichst breiten bildungspoliti-
 23 schen Konsens in der Gesellschaft voraus. Auch wenn sich schon heute viele Menschen zu
 24 solch einer Reform bekennen, muss weiterhin für sie geworben werden. Hinzu kommt: Die
 25 nordrhein-westfälische Landesverfassung lässt die Einführung eines vollständig integrativen
 26 Schulsystems bis zum Ende der Sekundarstufe I nicht zu, da sie die Hauptschule als Pflicht-
 27 angebot garantiert. Wir wollen die Menschen auf dem Reformweg mitnehmen. Darum set-
 28 zen wir auf die Gemeinschaftsschule, die folgenden Prinzipien folgt:

29
 30 Alle Kinder besuchen nach der Grundschule eine Gemeinschaftsschule bis zum Ende der Se-
 31 kundarstufe I. Nach einer gemeinsamen Lernphase bis zum Ende der 6. Klasse wird der Un-
 32 terricht in der Gemeinschaftsschule auch weiterhin unter einem Dach und von einem Kolle-
 33 gium durchgeführt. Anschließend kann je nach Willen des Schulträgers gegliedert werden in
 34 Klassen für HauptschülerInnen, RealschülerInnen sowie GymnasiastInnen, oder es kann ein
 35 vollständig integrierter Unterricht angeboten werden. In jedem Fall besitzt die Gemein-
 36 schaftsschule eine gemeinsame Schulleitung und ein gemeinsames Kollegium (s. Grafiken).

37
 38 Wir wissen: Allein die Einführung eines neuen Schulsystems bedeutet nicht gleichzeitig bes-
 39 seren Unterricht. Deshalb ist die Gemeinschaftsschule nicht nur eine neue Schulform.

40
 41 Die Gemeinschaftsschule wird jedes einzelne Kind fördern, ohne andere zu vernachlässigen.
 42 Sie rückt die individuelle Förderung in den Mittelpunkt und lässt kein Kind zurück. Jede Schü-
 43 lerin und jeder Schüler erhält einen individuellen Lern- und Förderplan.

44
 45 Die Gemeinschaftsschule steht für eine neue Lernkultur, für guten Unterricht. „Kinder“ statt
 46 „Fächer“ unterrichten rückt hier in den Mittelpunkt. Sie setzt auf eine neue Organisation und
 47 Gestaltung des Unterrichts, differenzierte Lernangebote sowie die Anwendung neuer Lehr-
 48 und Lernformen. So verstandenes Lernen sprengt den Rahmen einer Schule im 45-Minuten-
 49 takt und die Aufteilung des traditionellen Fächerkanons. Lernen in Projekten und fächer-
 50 übergreifendes Lernen erfordern flexiblere Organisationsformen. Jahrgangsübergreifender
 51 Unterricht wird als pädagogisches Instrument gefördert. Ziel ist die konsequente Berücksich-
 52 tigung unterschiedlicher Lernvoraussetzungen, wie beispielsweise Begabungen oder Lern-
 53 umgebungen im Elternhaus, eine stärkere Beteiligung der Schülerinnen und Schüler und
 54 ihrer Eltern am Lernprozess, die Förderung eines gemeinsamen und gegenseitig

1 rer Eltern am Lernprozess, die Förderung eines gemeinsamen und gegenseitig unterstützenden Lernens in Gruppen.

2
3
4 Die Gemeinschaftsschule ist eine Ganztagschule: Unterricht, Zeit für Hausaufgaben, Kreativ-Angebote, Sport und Entspannung werden über den ganzen Tag verteilt. Sie arbeitet mit
5 unterschiedlichen Professionen (Sozialarbeiter, Psychologen, Honorarkräfte etc.) und vernetzt sich mit ihrem außerschulischen Umfeld.
6
7

8
9 Die Gemeinschaftsschule ist eine Selbstständige Schule. Sie trägt mehr Verantwortung und hat weit reichende Gestaltungsoptionen in der Unterrichts-, Personal- und Organisationsentwicklung. Die Gemeinschaftsschule ist finanziell und personell eigenständig. Ihr werden
10 die Ressourcen entsprechend der sozialen Ausgangslage nach dem Prinzip „Ungleiches ungleich behandeln“ in den Schulen zugewiesen, um so besseren Unterricht zu erteilen. Dabei
11 ist klar: Der Staat bleibt in der Verantwortung. Er setzt Ziele sowie Standards und überprüft, ob und inwiefern diese erreicht werden.
12
13
14
15

16
17 Wir wollen die Gemeinschaftsschule mit ihren variablen Möglichkeiten flächendeckend und verbindlich einführen, weil wir unsere Schulstruktur reformieren und eine Antwort auf die
18 demographische Entwicklung geben müssen.
19

20
21 Bei der Einführung der Gemeinschaftsschule setzen wir auf pragmatische, orts- und stadtteilgenaue Lösungen. Dementsprechend müssen die Kommunen die Entscheidung über die
22 innere Organisation der einzelnen Gemeinschaftsschule treffen können. Sie erhalten die rechtlichen Möglichkeiten und die notwendige Unterstützung, um nach ihren jeweils unterschiedlichen Ausgangsbedingungen flexible Lösungen unter Einschluss integrativer Modelle
23 – die wir besonders fördern wollen – zu entwickeln. Nur so kann vor Ort ein breites und wohnortnahes Schulangebot in der Sekundarstufe I erhalten und zeitgleich die Schulstruktur
24 schrittweise verändert werden.
25
26
27
28

29
30 In unsere Reformüberlegungen ziehen wir auch die Bildungsphase nach der Sekundarstufe I ein.
31

32
33 Schon heute setzen deutlich zurückgehende SchülerInnenzahlen Gymnasien und Gesamtschulen unter Druck. Die Aufrechterhaltung einer eigenen Oberstufe ist nur noch auf Kosten
34 eines reduzierten Kursangebotes möglich. Vor diesem Hintergrund ist eine stärkere Verknüpfung bzw. Kooperation einzelner Oberstufen unausweichlich und macht (auch aus Sicht
35 der Kommunen) ökonomisch Sinn. Deshalb werden wir die Bildung von Oberstufenzentren ermöglichen. Zugleich werden wir die Oberstufe zwei- bzw. dreijährig ausgestalten. Den
36 Schülerinnen und Schülern steht so der Weg zum Abitur nach 12 Jahren ebenso offen wie auch – wenn notwendig – nach 13 Jahren. Auf diesem Weg wird es gelingen, möglichst viele
37
38
39
40
41
42
43
44

45 **Bildungsganztag:**

46 **Wir wollen die Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungszeit für alle Kinder ausbauen**

47
48 Ganzheitliche Bildungsprozesse wollen wir künftig stärker an unseren Schulen verankern. Hierzu werden wir das Programm der Offenen Ganztagschule auf alle weiterführenden
49 Schulen der Sekundarstufe I ausdehnen. Mit einer schrittweise zu verbessernden Finanzierung durch das Land wollen wir die Voraussetzung für eine höhere Qualität und Verlässlichkeit der außerunterrichtlichen Angebote schaffen.
50
51
52

1
2 Eine kind- und jugendgerechte Rhythmisierung von fachlichem Unterricht mit Erholungs-
3 und Bewegungsphasen und eine optimale individuelle Förderung setzen einen Ganzttag für
4 alle Schülerinnen und Schüler einer Schule (zumindest aber eines Zuges) voraus. Wir schaf-
5 fen deshalb die Voraussetzungen dafür, dass Schulen, Schulträger und Jugendämter im
6 Rahmen einer verzahnten Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung in einem abge-
7 stimmten sozialräumlichen Konzept Ganzttagsschulen ausbauen können.

8
9 Unser Ziel ist ein bedarfsgerechter Ausbau von Ganztagsplätzen für Schülerinnen und Schü-
10 ler in der Grundschule und in der Sekundarstufe I.

11
12 Zusätzlich werden wir die Schulträger mit einem mehrjährigen Landesinvestitionsprogramm
13 unterstützen, um die räumlichen Voraussetzungen für den Ganzttag zu schaffen. Im Rahmen
14 dieses Programms soll für die Lehrerinnen und Lehrer ein die Kreativität und Kooperation
15 förderndes Arbeitsumfeld ermöglicht werden. Deren längere Anwesenheit an den Schulen
16 schafft die Voraussetzung für eine verbesserte Koordination aller Angebote und die indivi-
17 duelle Unterstützung der Schülerinnen und Schüler.

18
19 Wir werden die positiven Erfahrungen aus der Arbeit mit den Partnern aus Jugendhilfe, Kul-
20 tur und Sport im Rahmen der Offenen Ganzttagsschulen für die Entwicklung gemeinsamer
21 Konzepte an den Ganzttagsschulen nutzen. Die Einbindung von Fachkräften der Jugendhilfe,
22 des Sports und des kulturellen Bereichs muss in allen Bereichen der Schule und ihrer Gre-
23 mien erfolgen. Im Rahmen ihrer Selbstständigkeit entscheiden die Schulen über alle außer-
24 unterrichtlichen Angebote im Rahmen eigener Finanzbudgets.

25 26 27 28 Selbstständige Schule

29 **Wir wollen die Selbstständigkeit der Schulen in starken Bildungslandschaften**
30 **vor Ort stärken**

31 32 **Selbstständigkeit im staatlichen Bildungswesen**

33
34 Dreh- und Angelpunkt für die beste Bildung für alle in der Schule ist ein besserer Unterricht.
35 Der Unterricht ist der Ort, an dem sich der Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern im
36 Besonderen entscheidet. Er ist das Ergebnis einer langfristig angelegten Entwicklungsarbeit
37 aller an der Schule Beteiligten. Nur diese können sinnvoll darüber entscheiden, welche
38 Schritte und Instrumente für einen guten Unterricht an ihrer Schule unter den gegebenen
39 Rahmenbedingungen notwendig sind. Sie sind als Seismographen des Wandels, den sie viel-
40 fältig erleben und bewältigen müssen, besser aufgestellt, um im Rahmen einer kompensato-
41 rischen Bildungspolitik zusammen mit den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe Fehl-
42 entwicklungen frühzeitig zu begegnen.

43
44 Wir trauen den Schulen die Gestaltungsfähigkeit für einen besseren Unterricht zu. Wir wis-
45 sen aus den Erfahrungen anderer Bildungssysteme, dass dieses allemal effektiver ist als ein
46 möglichst engmaschiges Netz von Vorschriften und Kontrollen durch den Staat. Wir werden
47 die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass das pädagogische und didaktische Know-how
48 in den Schulen für die Entwicklungsarbeit genutzt und verbessert wird.

49
50 Voraussetzung für die Selbstständigkeit der Schulen ist ein durchsetzungsfähiger Staat, der
51 die Rahmenbedingungen und die Vergleichbarkeit der Ergebnisse sichert. Er definiert künftig
52 nur noch die Form von Standards und Kernlehrplänen, die pädagogischen und fachlichen

1 Ziele von Schule und überprüft deren Erreichen durch regelmäßige Lernstandserhebungen
2 und zentrale Abschlussprüfungen.

3
4 Der Staat ist Teil eines Steuerungssystems, das den Schulen zwar die Ziele vorgibt, sie aber
5 den Weg dorthin wirklich weitgehend frei gestalten lässt. Nicht jede Region ist gleich und
6 jedes Kind ist anders. Deshalb ist es wichtig, dass die Schulen Gestaltungsspielraum für ei-
7 gene Schwerpunktsetzungen haben und nicht durch gesetzliche Vorgaben und Vorschriften
8 weiter unnötig eingeeengt werden.

9
10

11 **Selbstständigkeit umsetzen**

12
13 In der selbstständigen Schule werden die Bereiche Unterrichts- und Personalentwicklung
14 sinnvoll mit der Organisationsentwicklung einer Schule verbunden. Wir werden gemeinsam
15 mit den Schulträgern dafür sorgen, dass sich die Schulen auf ein dichtes Unterstützungsnetz
16 verlassen können. Für uns ist dies – im Gegensatz zu anderen - keine Floskel. Dies dokumen-
17 tieren wir durch die unsere konkreten Maßnahmen:

18
19 Die Schulen müssen selbst und verantwortlich über Inhalte und Organisation des Unter-
20 richts entscheiden können! Dazu werden wir alle Erlasse und Verfügungen in ihrer Gültigkeit
21 zeitlich begrenzen. Die Schulen entscheiden zukünftig selbst über den Unterrichtsrahmen,
22 die Verbindung bestimmter Fächer, die Rhythmisierung und die Organisation des Unter-
23 richts, die Zusammensetzung und die Größe von Lerngruppen oder die Grundlagen und die
24 Ausgestaltung der Leistungsbewertung – mit Ausnahme der Abschlussprüfungen.

25
26 Wir wollen, dass Lehrerinnen und Lehrer zusammen mit Schülerinnen und Schülern sowie
27 weiteren Partnern gemeinsam die Schule entwickeln und so die Qualität steigern. Dazu wer-
28 den wir die Einrichtung schulischer Qualitätsteams einfordern und diese mit eigenen Fort-
29 bildungsmitteln ausstatten.

30
31 Wir werden den Aufbau einer offenen Evaluationskultur an den Schulen unterstützen. Dabei
32 geht für uns die interne Evaluation durch die Schule selbst der Überprüfung und Beratung
33 von außen voraus. Sie soll wichtige Erkenntnisse für die Weiterentwicklung der Qualität der
34 Schulen liefern. Darüber hinaus werden wir den Aufbau von Schulinspektionen nach nieder-
35 ländischem Vorbild, den die rot-grüne Landesregierung eingeleitet hat und der von der
36 Nachfolgeregierung übernommen worden ist, fortsetzen. Diese sollen als Reflexionspunkt
37 und Rückmeldung von außen über die Entwicklungsarbeit einer Schule dienen. Sie schwä-
38 chen nicht das Zutrauen in die Gestaltungsfähigkeit der Schulen – sie stärken diese durch
39 partnerschaftliche Zusammenarbeit und Unterstützung.

40
41 In der selbstständigen Schule müssen alle mitgenommen werden! Nur wenn alle Beteiligten
42 die Möglichkeit haben, sich angemessen in den Qualitätsentwicklungsprozess einzubringen
43 und sich hinter den Entwicklungszielen einer Schule versammeln, sind auch die gemeinsa-
44 men Perspektiven sichtbar. Neben den Steuergruppen werden wir daher die Gremien der
45 Schulmitwirkung wieder demokratisieren. Dazu gehört für uns ganz selbstverständlich, dass
46 wir die Drittelparität in den Schulkonferenzen wieder einführen und den Ausschluss der
47 Kommunen von der Schulleiterwahl wieder rückgängig machen werden.

48
49 Eine wichtige Voraussetzung für die Beteiligung aller Akteure auf Augenhöhe ist für uns die
50 Schaffung von echter Mitbestimmung. Wir werden den Frontalangriff der Landesregierung
51 darauf rückgängig machen und die Mitbestimmung auf die Erfordernisse der selbstständigen
52 Schule ausrichten. Wir wollen, dass die Lehrerräte mit echten Personalratsaufgaben mit

53

1 den Schulleitungen verhandeln können und hierfür angemessen qualifiziert und entlastet
2 werden.

3
4 Wir werden den Schulleitern alle für ihre Führungsrolle in der selbstständigen Schule not-
5 wendigen Kompetenzen geben und sie von Verwaltungsarbeit entlasten. Schulleiter sind
6 Leitungskräfte, die für die Wahrnehmung dieser Aufgabe auch Zeit benötigen. Zudem erhal-
7 ten sie Unterstützung durch eine serviceorientierte Personalverwaltung. In der Schule ist es
8 wichtig, dass alle, die mit Steuerungsaufgaben beschäftigt sind, verwaltungsseitig intensiv
9 unterstützt werden.

10
11 Wir wollen, dass Schulleiter vor ihrer Amtsübernahme und begleitend angemessen qualifi-
12 ziert werden. Das geht nur über die ausreichende Bereitstellung von mehr Fortbildungsmit-
13 teln. Überhaupt werden wir klarstellen: Aus- und Fortbildung sind der Schlüssel für die Wei-
14 terentwicklung von Schulen und deren Lehrkräften.

15
16 Zur Selbstständigkeit gehört auch die Verfügbarkeit von Mitteln für die Schulen. Dazu wol-
17 len wir die Trennung von inneren und äußeren Schulangelegenheiten so weit es geht über-
18 winden. Die Verantwortlichkeiten von Staat und Schulträgern wollen wir genauer definieren
19 und die entsprechenden Mittel von Land und Kommune für die Schulen in einem Budget
20 zusammenfassen. Damit erhalten die Schulen zum Beispiel die Möglichkeit, Sozialarbeiter,
21 Medienfachleute, Kunstpädagogen in die Schule einzubinden. Die im Modellprojekt Selbst-
22 ständige Schule erfolgreich erprobte Möglichkeit der Kapitalisierung freier, besetzbarer Leh-
23 rerstellen wird daher auf alle Schulen des Landes übertragen.

24
25 Für die beste Entwicklung von Schulen sollen auch fortlaufend aktuelle Erkenntnisse der Päd-
26 agogik und Didaktik in den Schulen verwendet werden. Es war daher ein schwerer Fehler
27 der schwarz-gelben Landesregierung, das national anerkannte Landesinstitut für Schule auf-
28 zulösen und somit einem KnowHow-Abfluss aus NRW Vorschub zu leisten. Wir brauchen die
29 Anbindung der Wissenschaft an die Weiterentwicklung des Bildungswesens. Deshalb wer-
30 den wir ein landesweites Institut für Aus- und Fortbildung im Bildungswesen und eine Quali-
31 tätsagentur für das Land NRW etablieren und dieses wissenschaftlich verknüpfen.

32 33 34 **Rahmenbedingungen für selbstständige Schulen**

35
36 Die selbstständigen Schulen werden eingebettet in ein System von Beratung und Service, zu
37 denen die Unterstützung durch den Personalservice durch die Schulaufsichtsbehörden, die
38 landesweite Qualitätsagentur, Evaluationsberater und eine neu justierte Schulaufsicht ge-
39 hören. Kernstück von schulnahen Beratungs- und Serviceleistungen wird jedoch die Einfüh-
40 rung regionaler Bildungsbüros auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte sein. Diese
41 werden gemeinsam durch Land und Kommunen getragen. Die regionalen Bildungsbüros
42 sollen regionale Aktivitäten im Bildungswesen koordinieren und insbesondere die Schulen
43 mit den Einrichtungen der Jugendhilfe, der Weiterbildung, der beruflichen Bildung und wei-
44 terer Träger und Aktivitäten verbinden. Zudem wollen wir von dieser Stelle aus die genaue
45 Stellenzuweisung auf der Grundlage einer durch Landesschlüssel verbindlichen allgemeinen
46 Stellenzuweisung vornehmen. Damit schaffen wir ein wirksames Instrument auf der kom-
47 munalen Ebene, um Anreize für eine kompensatorische Bildungspolitik zu setzen. Die
48 größtmögliche Akzeptanz schaffen wir durch regionale Bildungskonferenzen, die aus Vertre-
49 tern der Schulaufsicht, des Schulträgers und der Schulen gebildet werden.

50
51 In den regionalen Bildungsbüros werden zudem Serviceleistungen für die Schulen gebündelt.
52 Hierzu zählen u.a. Angebote der Umwelterziehung, Gesundheitserziehung, Beratung in

1 Ganztags- und Integrationsfragen, Übergangsmanagement Schule – Beruf bzw. Hochschule.

2
3 Unser Ziel ist die Schaffung regionaler Bildungslandschaften, in denen alle Einrichtungen des
4 Bildungswesens vor Ort miteinander vernetzt werden und dafür sorgen, dass möglichst
5 bruchlose Bildungsbiographien für Kinder und Jugendliche mit dem Anschluss an das lebens-
6 lange Lernen möglich werden. Besonderes Augenmerk legen wir dabei weiterhin auf die Zu-
7 sammenarbeit der Schulen mit den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. In einer so
8 verstandenen Beratungslandschaft werden die Kommunen zunehmend zu bildungspoliti-
9 schen Akteuren, deren Einflussmöglichkeiten deutlich über die Regelung der äußeren Schul-
10 angelegenheiten hinausgehen. Dieses Konzept einer erweiterten Schulträgerschaft streben
11 wir bewusst an, um langfristig eine partnerschaftliche Schulentwicklung zu erreichen. Dazu
12 ist es notwendig, dass Aufgaben zwar kooperativ gelöst werden, Zuständigkeiten zwischen
13 Kommune und Land jedoch eindeutig zugeordnet werden, damit keine Doppel- oder Nicht-
14 Zuständigkeiten entstehen. Dabei bleibt die staatliche Gesamtverantwortung für die Ent-
15 wicklung des Bildungswesens erhalten.

16
17 Ein neu justiertes System von Beratung und Steuerung erfordert neben dem veränderten
18 Aufgabenverständnis der Schulaufsicht auch eine klarere Struktur als bisher. Wir werden
19 daher künftig die Kernaufgaben der Schulaufsicht von den Aufgaben Beratung und Service
20 trennen und neu verteilen. Vor dem Hintergrund einer klaren Zuständigkeitsverteilung wol-
21 len wir eine möglichst schulnahe Beratung und Unterstützung auch in schulaufsichtlicher
22 Hinsicht und streben dazu einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen des Landes und
23 der Kommunen an.

24
25 Zum neuen Steuerungsverständnis von Schule gehört, dass dem Landtag jährlich ein lan-
26 desweiter Bildungsbericht über den Stand der Entwicklung schulischer Qualität vorgelegt
27 wird.

31 Berufsbildung:

32 **Wir können und dürfen es uns nicht erlauben, dass auch nur ein junger Mensch in NRW ohne**
33 **abgeschlossene Ausbildung bleibt**

35 **Situation der beruflichen Bildung**

36
37 Das System der beruflichen Bildung befindet sich in einer tiefen Krise. Dem dualen System
38 gelingt es seit Jahren nicht mehr, jungen Menschen nach ihrem Schulabschluss ein auswahl-
39 fähiges Angebot an Ausbildungsplätzen anzubieten.

40
41 Auch in konjunkturell stärkeren Phasen reicht die Zunahme von angebotenen Ausbil-
42 dungsplätzen und abgeschlossenen Ausbildungsverträgen bei weitem nicht aus, alle Bewer-
43 berinnen und Bewerber mit einem Ausbildungsplatz zu versorgen. Im Gegenteil: Die Zahl der
44 unversorgten Jugendlichen steigt kontinuierlich an, so dass im Jahr 2006 erstmals mehr als
45 die Hälfte der Ausbildungsplatzsuchenden Altbewerberinnen und Altbewerber waren. Ver-
46 schärft wird diese Entwicklung auch dadurch, dass durch die Einführung von Studiengebüh-
47 ren viele Abiturienten auf ein Hochschulstudium verzichten und in die berufliche Ausbildung
48 ausweichen.

49
50 Diese Situation ist nicht nur eine Katastrophe für die Zukunftschancen junger Menschen, sie
51 gefährdet auch durch den sich abzeichnenden Fachkräftemangel die Wettbewerbsfähigkeit
52 und Innovationskraft der deutschen Volkswirtschaft.

1 **Ausbildungsgarantie für alle - auf hohem Niveau**

2
3 Das duale System stellt eine Besonderheit in unserem Bildungssystem dar. Während allen
4 Jugendlichen an Schulen und Hochschulen ein Platz garantiert wird, sofern sie über die ent-
5 sprechenden Voraussetzungen verfügen, ist das bei der dualen Ausbildung nicht der Fall. Ein
6 abgesicherter Übergang in die berufliche Ausbildung ist nicht gewährleistet, da sich die Zahl
7 der betrieblichen Ausbildungsplätze im Wesentlichen an der aktuellen Nachfrage der Unter-
8 nehmen orientiert.

9
10 Sich abzeichnender Fachkräftemangel bei gleichzeitigen Anstieg junger Menschen ohne Be-
11 rufsausbildung sind ein Beleg dafür, dass sich diese Nachfrage jedoch weniger an den lang-
12 fristigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Notwendigkeiten ausrichtet, als vielfach
13 dem reinen kurzfristigen Profitinteresse der Unternehmen. Die Zukunftschancen der jungen
14 Menschen bleiben dabei auf der Strecke.

15
16 Unser politisches Ziel ist klar: Eine echte Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen, und
17 zwar auf hohem qualitativen Niveau.

18
19 Dazu bedarf es in erster Linie der Sicherung und Weiterentwicklung des dualen Systems der
20 beruflichen Bildung. Trotz der jährlich wiederkehrenden erschreckenden Zahlen unversorg-
21 ter Jugendlicher auf dem Ausbildungsmarkt hat das duale System für uns Zukunft. Ein dua-
22 les Berufsbildungssystem, bei dem die Wirtschaft betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfü-
23 gung stellt, ist grundsätzlich das beste Mittel zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit.
24 Das zeigt auch der europäische Vergleich.

25
26 Deshalb ist es eine der dringendsten Aufgaben, insgesamt mehr Ausbildungsplätze im dua-
27 len System zu schaffen. Dazu bedarf es weit größerer Anstrengungen, als sie im Ausbil-
28 dungskonsens vereinbart worden sind. Es gilt auch ein höheres Maß an Gerechtigkeit herzu-
29 stellen zwischen ausbildenden Betrieben und den Betrieben, die nicht ausbilden, obwohl sie
30 es könnten.

31
32 Um aber langfristig eine echte Ausbildungsgarantie zu verankern, reichen Maßnahmen im
33 und für das duale System alleine nicht aus. Um allen jungen Menschen eine berufliche Erst-
34 ausbildung zu garantieren, brauchen wir neben dem dualen System eine gleichermaßen an-
35 erkannte und qualitativ hochwertige staatlich verantwortete zweite Säule in der Berufsbil-
36 dung.

37 38 39 **Duale Ausbildung sichern**

40
41 Die Landschaft des dualen Systems ist vor allem geprägt durch industrielle Strukturen und
42 das Handwerk. Hier hat dieses System seine Ursprünge und gleichzeitig auch seine größten
43 Erfolge vorzuweisen. Es muss allerdings im Zuge des Wandels der Arbeitsgesellschaft festge-
44 stellt werden, dass das duale System im Dienstleistungsbereich nicht an die Erfolge in ande-
45 ren Bereich anknüpfen kann. In den letzten Jahren lässt sich aber feststellen, dass es auch in
46 den klassischen Bereichen des dualen Systems nicht mehr gelingt, ein ausreichendes Ange-
47 bot an betrieblichen Ausbildungsplätzen sicherzustellen, da sich Unternehmen zunehmend
48 aus der Ausbildung zurückziehen.

49
50 Es ist daher dringendste Aufgabe, das duale System in Industrie und Handwerk zu stabilisie-
51 ren und im Bereich der Dienstleistungen nachhaltig zu etablieren. Dabei gilt: Die Schaffung
52 von mehr Ausbildungsplätzen und die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses ist zu aller

1 erst die Verantwortung der Wirtschaft. Solidarische Finanzierungsmodelle können dabei
2 helfen.

3
4 Nicht zuletzt die Kammern müssen ihre Anstrengungen weiter erhöhen. Das betrifft die An-
5 werbung von Ausbildungsplätzen in Betrieben, die bereits ausbilden, aber auch die Anwer-
6 bung von Betrieben, die nicht mehr ausbilden oder noch nie ausgebildet haben. Nicht aus-
7 bildende Betriebe sollten zur Ausbildung motiviert und durch erfahrene Ausbildungsbetriebe
8 über Chancen und Nutzen informiert werden. Kammern sollen erstmals ausbildende Betrie-
9 be besser begleiten und in ein „Netzwerk der Neuen“ bei den Kammern einbinden.

10
11 Bei Betrieben, die sich aus der Ausbildung zurückziehen, müssen systematisch die Gründe
12 ermittelt werden, und Maßnahmen entwickelt werden, solchen Entwicklungen ent-
13 gegenzusteuern. Kammern sollten auf gesondert erhobene Gebühren im Zusammenhang
14 mit der Ausbildung verzichten. Die Kammern haben die Möglichkeit der Einführung einer
15 „kleinen Umlage“, in die diese Kosten von allen Betrieben übernommen werden.

16
17 Die berufliche Erstausbildung muss auch zukünftig in gesamtgesellschaftlicher Verant-
18 wortung abgesichert werden. Um zu verhindern, dass immer mehr Jugendliche auf staat-
19 liche Ausbildungsangebote angewiesen sind, muss Politik eine aktivierende Berufsbildungs-
20 finanzierung entwickeln. Von daher wollen wir kleine und mittlere Unternehmen, die im
21 Verbund mit anderen Unternehmen oder einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte ausbil-
22 den, weiter organisatorisch und finanziell unterstützen. Ein aktivierendes Modell könnte die
23 Zahlung einer Prämie von 2.000 Euro an kleine und mittlere Betriebe für die Einrichtung ei-
24 nes zusätzlichen neuen Ausbildungsplatzes sein. Weitere 2.000 Euro erhielte das Unterneh-
25 men, wenn der Auszubildende die Kammerprüfung besteht. Die Kammern sind aufgefordert,
26 die Prüfungsgebühren aus den Kammerbeiträgen zu finanzieren.

27
28 Das duale System muss sich auch qualitativ verbessern. Insbesondere in Zeiten, in denen sich
29 Qualifikationsbedarfe aufgrund technischer Modernisierungen immer schneller verändern,
30 müssen die Ausbildungsinhalte stetig erneuert werden.

31
32 Dazu bedarf es der Entwicklung moderner Berufsbilder. Als Antwort auf die zunehmende
33 Spezialisierung vieler Unternehmen kam es auch zu einer Spezialisierung vieler Berufsbilder.
34 Dies hat zur einer höheren Zahl der Berufe und einer vermeintlich höheren Passgenauigkeit
35 geführt. Die Verwendung dieser Berufsbilder hat aber im gleichen Zug drastisch abgenom-
36 men, da immer weniger Betriebe und Unternehmen mit solchen Berufen etwas anfangen
37 können. Wir streben an, die Anzahl der Ausbildungsberufe zugunsten einer breiteren Quali-
38 fikation zu verringern.

39
40 Wir wollen Auszubildende stärker individuell fördern. Dazu müssen Berufsschulen und Be-
41 triebe enger miteinander zusammenarbeiten. In einem ausbildungsbegleitenden Unterstüt-
42 zungssystem muss der individuelle Qualifikationsbedarf kontinuierlich ermittelt und den
43 Auszubildenden die entsprechende Förderung angeboten werden. Gemeinsame Fortbildungen
44 von AusbilderInnen und Berufsschullehrerinnen können dabei helfen und eine bessere Lern-
45 ortkooperation fördern.

46
47 **Bessere individuelle Förderung ist ein wirksames Instrument um einen Ausbildungsabbruch**
48 **vorzubeugen.**

49
50 Für den gesicherten Einstieg in die Berufsausbildung, Senkung der Abbruchquoten und den
51 erfolgreichen Abschluss der Ausbildung, müssen die Grundlagen schon in der Schule gelegt
52 werden. Dazu muss die Berufs- und Arbeitsweltorientierung fester Bestandteil des Unter-
53 richts werden. Schulen, regionale Betriebe, Bundesagentur für Arbeit, Gewerkschaften und

1 Kammern sollen dazu eng kooperieren und gemeinsam entsprechende Angebote entwi-
2 ckeln.

3
4 Die qualitativen und quantitativen Herausforderungen bedürfen einer gemeinsamen An-
5 strengung und eines intensiven Dialogs aller Beteiligten. Um stärker auf die regionalen Be-
6 darfe und Besonderheiten eingehen zu können, wollen wir regionale Berufsbildungsdialoge
7 forcieren.

10 **Berufskollegs zu beruflichen Kompetenzzentren ausbauen**

11
12 Die Berufskollegs in NRW sollen als staatliche Einrichtungen der Ausgangspunkt einer staat-
13 lich verantworteten 2. Säule der Berufsbildung sein. Dazu wollen wir die Berufskollegs auf-
14 werten und sie zu beruflichen Kompetenzzentren weiterentwickeln, die eine vollzeitqualifi-
15 zierende Ausbildung sichern. Ergänzt werden muss die vollzeitqualifizierende Ausbildung
16 durch Praxisphasen, die durch örtliche Betriebe oder durch Ausbildungsverbünde bereitge-
17 stellt werden. Ein berufliches Kompetenzzentrum ist deshalb nicht nur eine „Schule“ im her-
18 kömmlichen Sinne, sondern ein Netzwerk unterschiedlicher Träger der Berufsausbildung.

19
20 Bei den vollzeitqualifizierenden Abschlüssen wollen wir die Möglichkeiten des novellierten
21 Berufsbildungsgesetzes (BBiG) nutzen, so dass alle Jugendlichen in vollzeitschulischen Aus-
22 bildungsgängen, diese mit einer Kammerprüfung abschließen können.

23
24 Da eine qualifizierte Berufsvorbereitung und –ausbildung auch eine entsprechende Aus-
25 stattung voraussetzt, können viele Berufskollegs dieser Aufgabe nur bei einer Verzahnung
26 mit betrieblichen oder überbetrieblichen Ausbildungs- und Weiterbildungsstätten erfüllen.
27 Berufskollegs und überbetriebliche Ausbildungs- und Weiterbildungsstätten, die in der Ver-
28 antwortung der Kammern geführt werden, sollen zu beruflichen Kompetenzzentren ver-
29 bunden werden. Die Organisation der Berufskollegs als selbstständige Schulen mit eigener
30 Rechtsform und Finanzierung durch eine staatlich-kommunale Verantwortungsgemein-
31 schaft bietet die organisatorische Voraussetzung für die Bildung von beruflichen Kompe-
32 tenzzentren, in denen die Wirtschaft die überbetrieblichen Einrichtungen einbringt und die
33 gemeinsam von Schulleitung und Leitung der überbetrieblichen Einrichtung geführt wird.
34 Die gemeinsame Leitung ist einem Beirat unter kommunaler und Kammerbeteiligung be-
35 richtspflichtig und wird von dieser beraten. Die überbetrieblichen Ausbildungs- und Weiter-
36 bildungsstätten sind zugleich Lernort im traditionellen Dualen System wie in der 2. Säule der
37 Berufsbildung mit in Berufskollegs geführten Ausbildungsgängen. Die beruflichen Kompe-
38 tenzzentren sollen durch die Möglichkeit zu kostenpflichtigen Angeboten im Weiterbil-
39 dungsbereich auch Einnahmen erwirtschaften können, die zu einer Verbesserung der Aus-
40 stattung im Ausbildungsbereich genutzt werden.

43 **Durchlässigkeit erhöhen**

44
45 Wir wollen das Berufsbildungssystem noch stärker als bisher zu einem gleichberechtigten
46 Zweig des Bildungswesens entwickeln, in dem alle schulischen Abschlüsse erworben werden
47 können. Eine berufliche Oberstufe muss und kann stärker als bisher als Alternative zum Ler-
48 nen in der allgemeinbildenden Oberstufe profiliert werden. Unser Bildungssystem muss ins-
49 gesamt durchlässiger werden, auch in der beruflichen Bildung. Das bedeutet, dass wir die
50 starre Trennung zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung überwinden müssen.
51 Die Diskussion um einen Europäischen und Nationalen Qualifikationsrahmen wollen wir
52 daher nutzen, die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Systemen und Bildungs-
53 bereichen zu erhöhen. Dies betrifft auch die sinnvolle Verzahnung und Anrechnung der Ab-

1 schlüsse der beruflichen Bildung mit den eingeführten Bachelor-Abschlüssen. So leisten wir
2 einen wirkungsvollen Beitrag zum lebenslangen Lernen.

3
4 Mehr Durchlässigkeit bedeutet für uns auch, dass wir stärker als bisher erbrachte Einzel-
5 leistungen wie berufsvorbereitende Maßnahmen oder Einstiegsqualifizierungen zertifizieren
6 und sie auf eine folgende Berufsausbildung anrechnen. Gleiches gilt für die erbrachten Leis-
7 tungen von Ausbildungsabbrechern. Jede/r soll eine zweite Chance bekommen, seine Aus-
8 bildung zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen.

9
10 Bildungsgänge der beruflichen Grundbildung, aber auch Berufsfachschulen wie die Handels-
11 schule oder sogar vollzeitschulische Berufsausbildungsgänge dürfen nicht zu Warteschleifen
12 werden. Unser Ziel ist es, dass die in den vollzeitschulische

13
14 Bildungsgängen verbrachte Zeit zumindest teilweise auf Ausbildungszeiten angerechnet
15 wird bzw. zur Teilnahme auch einer außerschulischen Berufsabschlussprüfung berechtigt.

19 Weiterbildung:

20 **Wir wollen lebenslanges Lernen ermöglichen.**

21
22 Lebenslanges Lernen ist eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe der Menschen am ge-
23 sellschaftlichen Miteinander. Sie sichert nicht nur die Beschäftigungsfähigkeit, sondern er-
24 möglicht auch die Entfaltung der Persönlichkeit durch Partizipation am sozialen, politischen
25 und kulturellen Leben.

26
27 Lebenslanges Lernen fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Entwicklung der
28 sozialen Demokratie. Lebenslanges Lernen entscheidet auch über die Innovations- und
29 Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen. Angesicht des demo-
30 graphischen Wandels und längerer Lebensarbeitszeiten kommt es darauf an, dass die Ar-
31 beitnehmerinnen und Arbeitnehmer über die gesamte Berufsbiografie hinweg ihre Quali-
32 fikationen erhalten und erweitern können.

33
34 Wir wollen die lernende Gesellschaft, in der sich Menschen ein Leben lang weiterentwickeln
35 können. Lebenslanges Lernen und Weiterbildung sind Kernelemente der zukunftsfähigen
36 und nachhaltigen Gestaltung unseres Gemeinwesens.

39 **Weiterbildung ist öffentliche Aufgabe**

40
41 Weiterbildung ist ein entscheidender Abschnitt von „Bildung im Lebenslauf“. Sie steht ge-
42 nau so in öffentlicher Verantwortung wie andere Bildungsabschnitte und ist Teil der öffentli-
43 chen Daseinsvorsorge. Wir bekennen uns zum Recht auf Weiterbildung.

44
45 Weiterbildung erweitert den Horizont, erhöht die Chancengleichheit, wirkt gesellschaftlicher
46 Desintegration entgegen und leistet einen Beitrag zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit.

47
48 Unser besonderes Augenmerk gilt Weiterbildungsangeboten für ältere Menschen im und
49 nach dem Erwerbsleben, für Menschen aus einkommensschwachen und bildungsfernen Mi-
50 lieus sowie zur Entwicklung politischer Urteils- und Handlungsfähigkeit und interkultureller
51 Kompetenz.

52

1 Angesichts rückläufiger Teilnahmezahlen wollen wir in einer gemeinsamen Anstrengung
2 von Land, Kommunen, Weiterbildungsträgern und Landesorganisationen der Weiterbildung
3 die Weiterbildungsbeteiligung in Nordrhein-Westfalen auch durch gezielte Öffentlichkeits-
4 arbeit deutlich erhöhen.

5
6 Die Voraussetzungen dafür sind gut. Mit dem bundesweit immer noch vorbildlichen Weiter-
7 bildungsgesetz ist in Nordrhein-Westfalen eine plurale und leistungsfähige Weiterbildungs-
8 landschaft entstanden, deren Herzstück die kommunale Pflichtaufgabe Volkshochschule mit
9 ihrem flächendeckenden Netz ist und bleibt.

10
11 Die Volkshochschulen gewährleisten die Grundversorgung mit Weiterbildung und stellen
12 gemeinsam mit den Einrichtungen in anderer Trägerschaft ein bedarfsdeckendes und wohn-
13 ortnahes qualifiziertes, differenziertes und bezahlbares Angebot sicher.

14 15 16 **Prinzip der 2. Chance stärken**

17
18 Wir wollen das Recht auf Weiterbildung auch dadurch verwirklichen, indem wir allen Men-
19 schen in unserem Land garantieren, entgeltfrei an einer anerkannten Weiterbil-
20 dungseinrichtung Schulabschlüsse nachzuholen.

21
22 Wir wollen allen Menschen in NRW, die nicht lesen und schreiben können, garantieren, ent-
23 geltfrei an einem Alphabetisierungskurs an einer anerkannten Weiterbildungseinrichtung
24 teilzunehmen.

25 26 27 **Weiterbildung zum kommunalen Politikfeld entwickeln**

28
29 Wir wollen die kommunale Bildungsverantwortung stärken und die Gemeinden, Städte und
30 Kreise bei der Entwicklung einer kommunalen Bildungspolitik und beim Aufbau von Bil-
31 dungslandschaften unterstützen. Voraussetzung dafür ist ein kommunales Leitbild für Bil-
32 dung.

33
34 Die Schaffung dieser Bildungslandschaften setzt die Entwicklung einer Kooperationskultur
35 bei allen bildungsrelevanten Akteuren (Weiterbildungseinrichtungen, Kindergärten, Schulen,
36 Betriebe, Kammern, Arbeitsagenturen, Gewerkschaften, Hochschulen u.a.) voraus.

37
38 Dabei können die Volkshochschulen mit ihrer kommunalen Verankerung und ihren Koopera-
39 tionserfahrungen einen wichtigen Beitrag als Moderatoren und Koordinatoren leisten.

40
41 Im Rahmen der kommunalen Bildungsplanung wollen wir insbesondere die Kooperation der
42 Weiterbildungseinrichtungen mit Schulen stärken. Insbesondere Angebote zur kommunalen
43 Lehrerfortbildung und zum Erwerb von anerkannten Zertifikaten (z.B. Fremdsprachen und
44 IuK-Techniken) für Schüler und Schülerinnen wollen wir fördern.

45
46 Die Weiterbildungseinrichtungen sind gefordert, spezielle Angebote für junge Erwachsene
47 zu entwickeln, um sie nach Schule und Ausbildung für lebenslanges Lernen zu interessieren
48 und motivieren. Volkshochschulen und Berufskollegs, die wir zu beruflichen Kompetenzz-
49 entren umbauen wollen, stellen ein kommunal abgestimmtes Angebot zur beruflichen
50 Weiterbildung bereit.

51

1 Flächendeckende Weiterbildungsberatung schaffen

2
3 Der Weiterbildungsmarkt ist für viele Bürgerinnen und Bürger zu intransparent. Der
4 Weiterbildungsinformation und -beratung – vor allem für bildungsferne Menschen mit und
5 ohne Migrationshintergrund - kommt deshalb eine wachsende Bedeutung zu.

6
7 Weiterbildungsberatungsstellen sollen nicht nur Weiterbildungsbedarfe identifizieren und
8 Navigationshilfen durch das Angebot bieten, sondern auch individuelle Kompetenzbilanzen
9 und Bildungspläne erstellen.

10 11 12 Qualität von Weiterbildung sichern

13
14 Wir werden alle vom Land geförderten Weiterbildungseinrichtungen verpflichten, die Quali-
15 tät ihrer Arbeit durch ein anerkanntes Zertifikat oder Gütesiegel nachzuweisen.

16
17 Zur Qualitätsentwicklung gehört auch die systematische Fortbildung sowie die angemessene
18 Honorierung und soziale Absicherung der freiberuflichen Kursleitenden.

19 20 21 Weiterbildung aufwerten

22
23 Wir wollen die Spitzenposition von Nordrhein-Westfalen im Bereich der Weiterbildung hal-
24 ten und ausbauen.

25
26 Wir werden uns mit den Kommunen, den Weiterbildungsträgern und den Landesorga-
27 nisationen der Weiterbildung auf ein Weiterbildungsprogramm für NRW verständigen.

28
29 Wir werden die Weiterbildungsförderung auf zunächst 1% des Bildungshaushalts des Landes
30 anheben und dafür sorgen, dass Weiterbildung einen höheren Stellenwert in der Landespoli-
31 tik erhält.

32 33 34 Eine starke Demokratie ist ohne politische Bildung undenkbar

35
36 Politische Bildung ist ein unverzichtbarer, eigenständiger Bildungsbereich in einem Gesamt-
37 system der Weiterbildung. Die Förderung der politischen Bildung ist und bleibt eine elemen-
38 tare öffentliche Aufgabe.

39
40 Angesichts „zunehmender Politikverdrossenheit“ ist die Forderung nach mehr politischer
41 Bildung von besonderer Bedeutung. Im Rahmen des lebenslangen Lernens muss allen Men-
42 schen der Zugang zu gesellschaftspolitischem Wissen offen stehen, um eine aktive Mitwir-
43 kung in der Demokratie zu fördern.

44
45 Politische Bildung ist ein konstitutives Element unserer demokratischen Kultur und muss so
46 früh wie möglich in unseren Schulen gefördert werden. Die Mitwirkung von Schülerinnen,
47 Schülern und Eltern in allen schulischen Gremien hat oberste Priorität.

48
49
50
51

1 LehrerInnenausbildung:

2 Wir wollen die LehrerInnenausbildung durch Bachelor und Master an „pädagogischen Zent-
3 ren“ reformieren

4
5 Die Ergebnisse internationaler und nationaler Bildungsstudien belegen den Reformbedarf
6 unseres Schulsystems und damit auch den der Lehrerausbildung. Dabei ist es wichtig zu be-
7 tonen, dass viele Lehrerinnen und Lehrer jeden Tag eine enorme Anstrengung unternehmen
8 und mit Leidenschaft für die Förderung der Mädchen und Jungen in NRW arbeiten. Deshalb
9 ist es eine Herausforderung gemeinsam mit den Pädagogen die neuen Herausforderungen
10 anzunehmen.

11
12 Eine zukunftsorientierte Bildungspolitik muss ein LehrerInnenprofil formulieren. Ein solches
13 Profil vermittelt eine Grundorientierung über Kernaufgaben und Einstellungen, die mit pro-
14 fessionellem LehrerInnenhandeln verbunden sind und verhindert u. U., dass Menschen ein
15 Lehramtsstudium belegen, ohne zu wissen, was sie später erwartet. Aus Vorstellungen über
16 den „guten“ Lehrer oder die „gute“ Lehrerin werden die professionellen Kompetenzen abge-
17 leitet, die ein „guter“ Lehrer haben sollte. Und aus diesen Kompetenzen werden wir Konzep-
18 te für eine Ausbildung entwickeln, in deren Verlauf diese Kompetenzen erworben werden
19 können.

20
21 In einer Schule, die allen Kindern und Jugendlichen gerecht werden will, können keine Fä-
22 cher, sondern nur Schülerinnen und Schüler in Fächern unterrichtet werden. Erziehen, ber-
23 aten, diagnostizieren, evaluieren und innovieren sind untrennbar mit den anderen LehrerIn-
24 nenfunktionen verbunden. Eine längere Präsenzzeit von Lehrerinnen und Lehrern in den
25 Schulen muss dabei erwartet werden, weil sich die Arbeitszeit nicht nur an der Unterrichts-
26 zeit orientieren darf. Zeitgleich muss auch die Bereitstellung eines Arbeitsplatzes in der
27 Schule selbstverständlich sein. Dazu legen wir einen Schwerpunkt darauf, dass Lehrerinnen
28 und Lehrer künftig auf das Prinzip der individuellen Förderung verpflichtet werden und auf
29 diese Aufgabe durch Aus- und Weiterbildung vorbereitet werden. Jede/n SchülerIn zu einem
30 höchstmöglichen Schulabschluss zu fordern und fördern ist das Ziel für unsere Lehrerinnen
31 und Lehrer.

32
33 Das Erreichen von Standards ist anhand präzise zu benennender Qualitätsmerkmale über-
34 prüfbar. Standards werden gewährleistet durch die systematische Verknüpfung von Theorie,
35 Übung und Praxis im komplexen Handlungsfeld Schule. Daher müssen die erste Phase (Stu-
36 dium an der Uni), mit der zweiten Phase (Studienseminar und Schule) und die dritte Phase
37 (Berufseingangsphase in der Schule/Weiterbildung) durch verlässliche aufeinander abge-
38 stimmte „Kernlehrpläne“ miteinander verknüpft werden. Diese Verknüpfungen müssen re-
39 gelmäßig evaluiert werden.

40
41 Die Umstellung auf gestufte Studiengänge (Bachelor/ Master) im Bereich der LehrerInnen-
42 ausbildung sollte als Chance gesehen werden, diese grundlegend zu verbessern. Auf den Ba-
43 chelor (Fach-Studium) könnte der „pädagogische Master“ folgen. Trotzdem ist gewährleis-
44 tet, dass schon in den ersten Semestern im Fach-Studium durch Fachdidaktik, frühzeitige
45 Schulpraktika und Einbindung an Selbstständige Schulen, eine Befähigung zum LehrerInnen-
46 beruf festgestellt werden kann und ggf. eine Beratung, ob der Beruf angestrebt werden soll-
47 te, möglich wird. Gleichwohl sind bei der Umstellung auf Bachelor/ Master viele grundsätzli-
48 che Fragen ungeklärt (Stichwort Polyvalenz) und bedürfen schneller Antworten. Erschwe-
49 rend kommt hinzu, dass die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen mit dem geplanten Hoch-
50 schulfreiheitsgesetz ökonomischen Sachzwängen unterworfen werden, die dazu führen,
51 dass nicht lukrative Bereiche wie die LehrerInnenausbildung an den Rand gedrängt werden.

52
53

1
2 Wir wollen Pädagogische Zentren an den Universitäten weiterentwickeln und stärken, an
3 denen sowohl die methodisch didaktische Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrer geleistet
4 wird, als auch die Kompetenzen für Berufe in der Elementar- und der Sozialpädagogik ver-
5 mittelt werden. Wenn alle PädagogInnen zumindest eine Zeit zusammen ausgebildet wer-
6 den, wird auch ein Mentalitätswechsel, im Sinne eines verstärkten Kooperationsgeistes,
7 gefördert.

8
9 Vor dem Hintergrund wachsender und sich wandelnder Anforderungen an die LehrerInnen
10 wird eine ernsthafte Aus-, Fort- und Weiterbildung immer wichtiger. Erfolgreich sein kann
11 eine Ausdehnung bzw. Verbesserung von Aus-, Fort- und Weiterbildung nur sein, wenn dafür
12 zeitliche und finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen. Die Ausbildungsverantwortung
13 übernehmen die Schulen in Zusammenarbeit mit regionalen Aus- und Weiterbildungs-
14 zentren.

15 16 17 18 **Bildungsausgaben:**

19 **Wir wollen mehr in Bildung investieren**

20
21 Bildung ist ein öffentliches Gut. Bildung darf nicht zu einer Ware werden, die sich nicht alle
22 leisten können Wer es mit der Förderung und Entfaltung der Chancengleichheit Ernst meint,
23 der muss den freien Zugang zu allen Bildungseinrichtungen - vom Kindergarten bis zum ers-
24 ten Hochschulstudium - garantieren. Diese Maxime ist handlungsleitend für die SPD in NRW.
25 Für uns sind Bildungsausgaben Zukunftsinvestitionen in die persönliche Entwicklung des
26 einzelnen Menschen.

27
28 Für uns sind Bildungsausgaben sind Zukunftsinvestitionen, weil sie die notwendige Voraus-
29 setzung für dauerhaftes Wirtschaftswachstum darstellen. Deshalb müssen Bund und Länder
30 regelmäßig überprüfen, ob genügend in Bildung investiert wird und ob diese Mittel effizient
31 eingesetzt werden.

32
33 In Deutschland betragen die öffentlichen Bildungsausgaben 4,4% des Bruttoinlandsprodukts
34 Der OECD-Durchschnitt liegt bei 5,1%¹.

35
36 Wir wollen und wir müssen in Deutschland und in NRW mehr in Bildung investieren, wenn
37 wir im Bildungsbereich den Anschluss an die internationale Spitze erreichen wollen.

38
39 Wir bekennen uns zur Priorität von Bildung - der besten Bildung für alle. Deshalb wollen wir
40 die Bildungsausgaben insgesamt steigern und bei den Kleinsten mehr investieren:

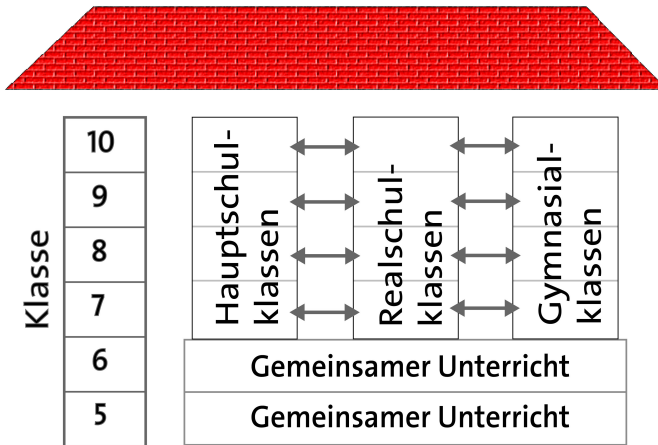
- 41
- 42 ▪ Bildung für alle - von der Kindertageseinrichtung über schulische und berufliche Bildung
43 bis zur Hochschule - muss grundsätzlich beitragsfrei sein.
- 44
- 45 ▪ Unser Ziel ist eine Steigerung der Bildungsausgaben beim Bund, bei den Ländern und in
46 den Kommunen, die den OECD-Durchschnitt übertrifft.
- 47

¹ Die OECD ist eine Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die 1968 das Zentrum für Forschung und Innovation im Bildungswesen ins Leben gerufen hat, das, u.a. die Pisa-Studien begleitet.

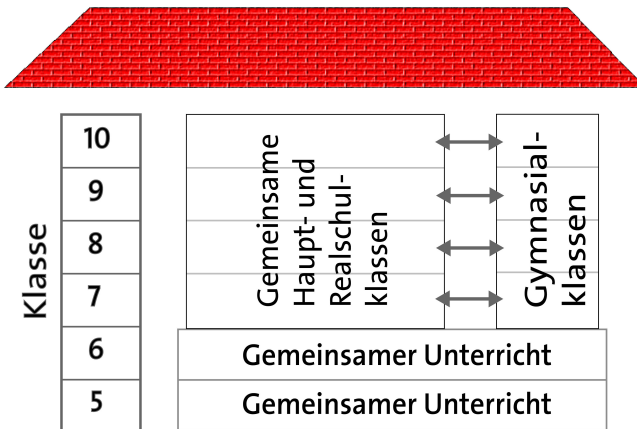
- 1 ▪ Wir steigern die Bildungsausgaben zum Beispiel
2
3 ○ indem wir sie nicht an die rückläufigen SchülerInnenzahlen anpassen.
4
5 ○ indem wir alle Mehreinnahmen des Landes zur Hälfte für Bildung und zur Hälfte
6 zum Schuldenabbau verwenden.
7
8 ▪ Wie wollen die Bildungsfinanzierung vom „Kopf auf die Füße“ stellen. Dabei wollen wir
9 bei den Kleinsten deutlich mehr investieren.
10
11 Im Sinn einer „kompensatorischen Bildungspolitik“ wollen wir Bildungseinrichtungen mit
12 besonderen Herausforderungen besonders fördern.

Grafiken zur Gemeinschaftsschule

Variante 1



Variante 2



Variante 3

